

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

24.09.2007

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 27. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 24. September 2007

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:53 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Ae
- Dr. Jürgen Bremer
- Dr. Ralf Döring
- Rita Duschek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Maria Gomolka
- Marion Heinrich
- Kerstin Hochheim
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Matthias Hörn
- Edwin Hübner
- Wolfgang Jochens
- Markus Jülich
- Christian Kruse
- Hinrich Kuessner
- Christa Landmesser
- Egbert Liskow
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Rainer Mutke
- Sebastian Ratjen
- Olaf Schmidt
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Lars Templin
- Ulla Tesmer
- Bernd Uhlig
- Christiane Walther
- Wilfried Zink
- Dr. Lüer Kühne
- Dr. Gustav Seils

Entschuldigt:

- Dr. Gerhard Bartels
- Dr. Ullrich Bittner
- Dr. Jörn Kasbohm
- Marian Kummerow
- Jürgen Liedtke
- Dr. Thomas Meyer
- Karin Müller
- Mechthild Thonack

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 4.1. Wahl des 2. Vizepräsidenten B407-27/07
SPD-Fraktion
- 4.2. Ausschuss- und Gremienbesetzung
- 4.2.1. Ausschussbesetzungen der SPD-Fraktion B408-27/07
SPD-Fraktion
- 4.2.2. **Tischvorlage** B409-27/07
Änderung der Besetzung in Gremien durch die CDU-Fraktion
CDU-Fraktion
- 4.2.3. **Tischvorlage** B410-27/07
Änderung der Besetzung im Ausschuss für Bildung, Universität und Sport
Grüne/öK
- 4.2.4. **Tischvorlage** B411-27/07
Besetzung der Ortsteilvertretungen Schönwalde I + II
Grüne/öK
- 4.2.5. **Tischvorlage** B412-27/07
Veränderung der Besetzung im Finanzausschuss
Gruppe der FDP
- 4.3. 1. Terminfestlegung Oberbürgermeisterwahl 2008 B413-27/07
2. Wahl des Gemeindevorleiters
Oberbürgermeister
- 4.4. Mitgliedschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im noch zu gründenden Verein "Europäische Route der Backsteingotik e.V." B414-27/07
Dez. I, Amt 20
- 4.5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 für die Jahre 2007 bis 2011 B415-27/07
Dez. I, Amt 20
- 4.6. Entsperrung von Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt sowie die Aufhebung des Haushaltsvermerkes B416-27/07
Dez. I, Amt 20
- 4.7. Jahresabschluss des Abwasserwerkes Greifswald 2006 B417-27/07
Abwasserwerk Greifswald
- 4.8. 3. Änderungssatzung zur Abwasserbeitragssatzung B418-27/07
Abwasserwerk Greifswald
- 4.9. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B419-27/07
Dez. III, Amt 41
- 4.10. Feuerwehrgebührensatzung / privatrechtliche Entgelte B420-27/07
Dez. III, Amt 32
- 4.11. Übertragung der Fußball-EM 2008 in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B421-27/07
Dez. III, Amt 40
- 4.12. Sollübertragung einer Ausgabe für Planungsleistungen zur grundschulgerechten Sanierung des Gebäudes des jetzigen Gymnasiums „Johann Gottfried Herder“ B422-27/07
Dez. III, Amt 40
- 4.13. Mehrzweckgebäude Fischer-Schule und Humboldt-Gymnasium Aufbau und Installation von Photovoltaik-Anlagen B423-27/07
Dez. II, Amt 23
- 4.14. Aufhebung des Beschlusses über den Beginn vorbereitender Untersuchungen zur Erweiterung des Sanierungsgebietes Innenstadt/ Fleischer vorstadt B423-27/07
Dez. II, Amt 60

- | | | |
|-------|--|------------|
| 4.15. | 1. Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plan Nr. 12 - Am Rosental Ergänzungs- und Änderungsbeschluss <i>Dez. II, Amt 60</i> | B424-27/07 |
| 4.16. | Marina am Standort Ostseeviertel Ryckseite/ Wiecker Schlag <i>Dez. //, Amt 60</i> | B425-27/07 |
| 4.17. | Vertrag TU Dresden über Verkehrserhebung <i>Dez. //, Amt 60</i> | |
| 4.18. | Bahnübergang Gützkower Straße <i>Gruppe der FDP</i> | |
| 4.19. | Behindertengerechte Ausgestaltung des Schuhhagens <i>Gruppe der FDP</i> | B426-27/07 |
| 4.20. | Tischvorlage Änderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft <i>Kooperation (CDU, SPD, FDP, BG)</i> | |
| 5. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 6. | Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 7. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 8. | Bestätigung der Niederschrift vom 02.07.2007 | |
| 9. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 32 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig. Der Oberbürgermeister, Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Herr Dembski ist mit der Wahl zum Beigeordneten aus der Bürgerschaft ausgeschieden. Das Nachfolgemandat für die SPD-Fraktion nimmt Herr Jost Ae wahr. Damit sind wieder 42 Mitglieder in der Bürgerschaft. Der Präsident verpflichtet Herrn Ae auch im öffentlichen Teil zur gewissenhaften Pflichterfüllung als Mitglied der Bürgerschaft.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident teilt mit, dass vor der Sitzung eine Reihe von Tischvorlagen ausgereicht wurden, die wie folgt in die Tagesordnung einzuordnen sind:

Änderung der Besetzung in Gremien durch die CDU-Fraktion
CDU-Fraktion **als TOP 4.2.2**

Änderung der Besetzung im Ausschuss für Bildung, Universität und Sport
Grüne/öK **als TOP 4.2.3**

Besetzung der Ortsteilvertretungen Schönwalde I + II
Grüne/öK **als TOP 4.2.4**

Veränderung der Besetzung im Finanzausschuss
Gruppe der FDP **als TOP 4.2.5**

Zu TOP 4.11 (Übertragung der Fußball-EM 2008 in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald) hat die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag eingereicht.

Zu 4.19 (Behindertengerechte Ausgestaltung des Schuhhagens) hat die Gruppe der FDP eine geänderte Beschlussvorlage eingereicht.

Die Kooperation (CDU, SPD, FDP, BG) hat eine weitere Tischvorlage zur Änderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft ausgereicht. Der Präsident schlägt vor, sie als **TOP 4.20** in die Tagesordnung einzuordnen.

Für die Gruppe der FDP zieht Herr Hoebel den TOP 4.18 zurück. Dazu ist heute eine schriftliche Anfrage eingereicht worden.

Für die Verwaltung zieht Herr Arenskrieger den TOP 4.17 zurück.

Mit diesen Änderungen lässt der Präsident über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 30 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und
1 Stimmenthaltung bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Dr. Frisch:

Als Vorsitzender des Seniorenbeirates fordert Dr. Frisch von der Verwaltungsspitze entsprechend § 13A der Hauptsatzung, einmal im Jahr gemeinsam mit dem Seniorenbeirat und den Vorsitzenden der Seniorenvereine zu einem Gedankenaustausch zusammen zu kommen. Dort hätte die Verwaltungsspitze die Möglichkeit, ihre Sicht der Dinge zur Seniorenpolitik darzulegen und der Seniorenbeirat und die Vereine könnten ihre Fragen und Vorschläge vorbringen. Der Seniorenbeirat bittet das Präsidium, wie in der Hauptsatzung festgelegt, den Bericht des Seniorenbeirates in eine der nächsten Bürgerschaftssitzungen aufzunehmen.

Daraufhin schlägt der Präsident die Novembersitzung der Bürgerschaft vor.

Frau Becken (Roßmühlenstraße):

- zum Thema Lärm

Die Bürger ihrer Straße sind stark genervt.

Frau Becken zitiert die Überschriften und einige Artikel aus der Zeitung. Diese Artikel seien nur eine Diffamierung der Bürger, weil keine objektive Sachkenntnis dahintersteht.

Frau Becken teilt mit, dass es ein Gespräch mit Herrn Wixforth gegeben hat, auf dem Bürger einiger Straßen Vorschläge unterbreitet haben bezüglich der Lärmeindämmung. Ein wichtiger Vorschlag von Frau Becken war, alle Veranstaltungen messtechnisch zu begleiten, auch die Proben des Theaters. Bereits vorab müssen die gesetzlichen Grundlagen geprüft werden. Lässt die Stadtverwaltung Versäumnisse zu, kann der Bürger Privatfirmen beauftragen und die Kosten sind zu erstatten. Das ist gesetzlich geregelt.

Es wurden von vielen Bürgern Anzeigen erstattet, die nicht bearbeitet wurden. Die Bürger erwarten, dass alle Ämter der Stadtverwaltung tätig werden.

Herr Rene Neumeister:

- zum städtischen Boxclub

Der Boxclub hat das grüne Band für vorbildliche Talentförderung im Verein erhalten.

ten, eine Auszeichnung, gestiftet von der Dresdner Bank und dem Olympischen Sportbund. Zur Feierstunde waren auch Vertreter der Stadt eingeladen. Gekommen ist kein einziger.

- zur Grundschule „Greif

Herr Neumeister ist dort Elternratsvorsitzender.

Die Greifschule ist die einzige Grundschule in Schönwalde I. Sie hat bildungspolitisch einen sehr hohen Stellenwert. Ziel ist, eine Ganztagschule zu werden. Nun kursieren Informationen, dass die Martinschule die Greifschule kaufen möchte. Da ist man in großer Sorge. Unterstützt die Stadt die kommunalen Schulen oder die in Freier Trägerschaft?

Kinder und Bildung dürfen nicht nur im Wahlkampf vorkommen, sondern müssen eine Lobby haben.

Greifswald steht in den Medien und will Leute in unsere Stadt bekommen. Die kommen aber nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Elke Jäckel:

- zum Vorleistungsbescheid für den Ausbau der Grimmer Straße

Die Bürger haben immer darum gebeten, eine Lösung für die Bürger zu finden, die nicht bezahlen können. Dazu hat es bis heute keine Lösung gegeben. Unterbezugsnahme eines Artikels von Herrn Zink in der Zeitung kann Frau Jäckel nicht bestätigen, dass es für alle Bürger Angebote gegeben hat, um eine vernünftige Regelung der Zahlungsweise zu finden.

Herr Liskow:

Der Präsident geht davon aus, wenn man einen Gebührenbescheid bekommt, dass man sich dann an die Verwaltung wenden kann, um eine Stundung oder ähnliches zu erwirken. Es geht nicht automatisch. Das muss jeder individuell mit dem Fachamt klären.

Senator Arenskrieger:

Zur Stundung gibt es gesetzliche Grundlagen.

Stundung ist keine Willkür oder ein Gnadenakt der Stadt. Der Bürger muss dann die Voraussetzungen darlegen, warum die Einmalzahlung des Beitrages eine besondere Härte bedeutet und danach wird man eine Regelung finden.

Herr Hübner:

- Nachfrage an Frau Becken, ob die Lärmmessung drinnen oder draußen stattgefunden hat

Frau Becken:

Die Messung erfolgte durch die Firma Big-M (Büro für Ingenieurgeophysikalische Messungen GmbH) auf Frau Beckens Veranlassung hin 2006 beim Musical „Hair“. Die Messungen wurden laut Lärmrichtlinie 40 cm vor dem Fenster der Roßmühlenstraße 16 draußen durchgeführt. Es waren enorme Verstöße. Das Prüfprotokoll liegt vor und Frau Becken gewährt auf Wunsch Einsicht.

Zu TOP: 4 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 4.1 Wahl des 2. Vizepräsidenten

B407-27/07

Für diese Wahl wird folgende Wahlkommission bestellt:

| | |
|--------------|--------------|
| CDU-Fraktion | Herr Zink |
| SPD-Fraktion | Frau Walther |
| PDS-Fraktion | Herr Schmidt |

Der Stimmzettel ist leer.

Wer für den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion ist, schreibt ein „**Ja**“ auf den Stimmzettel, wer dagegen ist ein „**Nein**“ und wer sich der Stimme enthält „**Enthaltung**“.

Für die CDU-Fraktion beantragt Herr Hochschild entsprechend Geschäftsordnung, die Wahl offen per Handzeichen durchzuführen.

Gegen diesen Antrag spricht Frau Heinrich und sie beantragt entsprechend Geschäftsordnung zu verfahren und geheim zu wählen.

Der Präsident ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine auf.

Die Wahlkommission zählt die abgegebenen Stimmen aus.

Abstimmungsergebnis: geheime Wahl
34 anwesende Mitglieder der Bürgerschaft
34 abgegebene Stimmen 34 gültige Stimmen
0 ungültige Stimmen
24 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit wählt die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald

Herr Rainer Mutke

zum 2. Vizepräsidenten der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Herr Mutke nimmt die Wahl zum 2. Vizepräsidenten an.

Zu TOP: 4.2 Ausschuss- und Gremienbesetzung

Zu TOP: 4.2.1 Ausschussbesetzungen der SPD-Fraktion

B408-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- Hansestadt Greifswald beschließt folgende Umbesetzungen:
zukünftig für die SPD Fraktion im Jugendhilfeausschuss: Jost Ae, Mitglied der Bürgerschaft
zukünftig für die SPD Fraktion im Hauptausschuss: Rainer Mutke, Mitglied der Bürgerschaft.

Abstimmungsergebnis: mit 34 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

Zu TOP: 4.2.2 Änderung der Besetzung in Gremien durch die CDU-Fraktion

B409-27/07

Herr Multhauf bringt zum Ausdruck, dass er ungerne sieht, dass Herr Tammert ausscheiden soll, weil er ihn als kompetenten sachkundigen Einwohner schätzen gelernt hat.

Herr Hochschild begründet das Ausscheiden damit, dass Kosten gespart werden können, weil Herr Bogaczyk durch seine Funktion beim Sportbund sowieso an den Sitzungen teilnimmt und durch die Bestellung als sachkundiger Einwohner Stimmrecht erhält.

Da Herr Multhauf unaufgefordert zur Diskussion spricht, erteilt ihm der Präsident um 18:45 Uhr einen Ordnungsruf.

Der Präsident erklärt, dass die CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für diesen Platz hat und hier einen Wechsel vornehmen möchte. Die Fraktion ist nicht verpflichtet, diesen Vorschlag weiter zu begründen.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Herr Olaf Tammert scheidet aus dem Ausschuss für Bildung, Sport und Universität aus. Herr Manfred Bogaczyk wird neues Mitglied im Ausschuss für Bildung, Sport und Universität. Herr Axel Hochschild scheidet aus dem Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH aus. Herr Robert Schmidt wird neues Mitglied im Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.2.3 Änderung der Besetzung im Ausschuss für Bildung, Universität und Sport
B410-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Universität und Sport:

Herr Lars Templin verlässt diesen Ausschuss. Für ihn soll Frau Dr. Frauke Fassbinder die Mitgliedschaft übernehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: 4.2.4 Besetzung der Ortsteilvertretungen Schönwalde I + II
B411-27/07

Auf die Frage von Herrn Multhauf, ob geprüft wurde, dass die vorgeschlagenen Herren in diesen Ortsteilen auch ihren Wohnsitz haben, teilt der Präsident mit, dass die Prüfung erfolgte.

Der Präsident stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Neues Mitglied in der OTV Schönwalde II wird Herr Moritz von der Wense. Neues Mitglied in der OTV Schönwalde I wird Herr Luc Leippold.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen
beschlossen

(Im Nachgang der Sitzung hat die Fraktion Grüne/oK ihren Kandidaten für Schönwalde I zurückgezogen, da sie in dieser Ortsteilvertretung entsprechend Wahlergebnis keinen Platz hat.)

Zu TOP: 4.2.5 Veränderung der Besetzung im Finanzausschuss

B412-27/07

Auf Nachfrage von Herr Jülich erinnert Herr Liskow daran, dass es keine namentlichen Vertreter mehr für die Mitglieder der Fachausschüsse gibt, sondern allgemeine Vertreter.

Frau Sacher weist darauf hin und gibt zu bedenken, dass bei der Neubesetzung und Vertretung darauf zu achten ist, dass immer mehr Bürgerschaftsmitglieder als sachkundige Einwohner vertreten sein müssen.

Der Präsident stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

1. Robert Gabel wird als 1. stellvertretendes Mitglied im Finanz- und Liegenschaftsausschuss zurückgezogen.
2. 1. stellvertretendes Mitglied wird Herr Andre Bleckmann, 2. stellvertretendes Mitglied Herr Rainhard Müller.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 4.3 1. Terminfestlegung Oberbürgermeisterwahl 2008
2. Wahl des Gemeindevahlleiters**

B413-27/07

Auf eine Nachfrage von Herrn Multhauf, ob nicht auch ein Stellvertreter für den Gemeindevahlleiter zu wählen ist, erklärt der Präsident, dass der Stellvertreter berufen wird.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

1. Die nächste Wahl des Oberbürgermeisters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald findet am Sonntag, den 13. April 2008 statt.
2. Herr Jörg Hochheim wird zum Gemeindevahlleiter gewählt.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

Zu TOP: 4.4 Mitgliedschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im noch zu gründenden Verein "Europäische Route der Backsteingotik e.V."

B414-27/07

Aufgrund einiger Bemerkungen von Herrn Multhauf nimmt Dr. König Stellung. Er bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen. Morgen (25.09.2007) findet der Abschlusskongress der Europäischen Route der Backsteingotik in der Marienkirche statt. Der Oberbürgermeister lädt die Mitglieder der Bürgerschaft herzlich dazu ein.

Herr Liskow verweist darauf, wie im Beschlusstext steht, dass die Betreuung durch das Amt für Wirtschaft und Finanzen erfolgen soll. Herr Liskow regt an „Tourismus“ in den zweiten Absatz aufzunehmen, weil sich damit die Zuständigkeit des Amtes erklärt.

Aufgrund weiterer Fragen von Herrn Multhaus erklärt der Oberbürgermeister noch einmal, dass in diesem Verein Gebietskörperschaften Mitglied werden können und der Repräsentant ist nun mal der Oberbürgermeister. Für den Sitz des Vereins ist Berlin vorgesehen.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald erklärt ihre Bereitschaft zur Mitgliedschaft im noch zu gründenden Verein „Europäische Route der Backsteingotik“, der nach der Eintragung im Vereinsregister den Zusatz „e.V.“ tragen wird. Diese Entscheidung zur Mitgliedschaft erfolgt vorbehaltlich dessen, dass eine ausreichende Mitgliederzahl erzielt wird und das finanzielle Budget des Vereins gesichert ist.

Als Repräsentant der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Verein wird der Oberbürgermeister benannt, die Vertretterfunktion sowie die inhaltliche organisatorische Betreuung wird dem Amt für Wirtschaft und Finanzen sowie Tourismus übertragen.

Abstimmungsergebnis: bei 32 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: 4.5 Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 für die Jahre 2007 bis 2011
B415-27/07

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Die Vorlage wird heute aufgrund der Forderungen des Innenministeriums vorgelegt, bis zum Oktober 2007 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 vorzunehmen. Inzwischen liegt vom Innenministerium schriftlich vor, dass es darauf verzichtet, dass die UHGW eine Nachtragshaushaltssatzung für 2007 vorlegen muss, weil es diesen Beschluss der Bürgerschaft gibt, die 1,8 Mio. € einzusparen.

Auf die Frage von Herrn Spring zur Darstellung des Stellenplans gibt Frau Demuth, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, folgende Erläuterungen: Im Haushaltssicherungskonzept, das auf der Basis des KUBUS-Berichtes entstanden ist, hatte sich die Verwaltung vorgenommen, 166 Stellen einzusparen. Zwischenzeitlich sind noch einige Stellen dazu gekommen, so dass 197 Stellen insgesamt einzusparen sind. Davon wurden mit Stand 17.09.2007 140 Stellen eingespart, so dass noch 57 Stellen einzusparen sind.

Auf die Nachfragen von Frau Socher teilt der Oberbürgermeister mit, wenn die Rahmenbedingungen gleichbleiben bzw. sich nicht gravierend ändern, dann werden auch die Prognosen im Haushaltssicherungskonzept eintreten. Sollten im Bund und Land andere Gesetzesvorgaben erlassen werden, ist eine Vorhersage nicht möglich.

Für die Fraktion Grüne/oK macht Herr Döring einige Bemerkungen. Er findet einige Formulierungen hinsichtlich des Sachverstandes der WVG, den man sich reinholen will, etwas unglücklich. Mit Vorsicht zu behandeln ist die Vermutung, dass die Steuereinnahmen steigen werden. In der nächsten Haushaltsberatung sollte weiter darüber gesprochen werden, noch weitere Einsparungen zu erzielen.

Der Oberbürgermeister unterstützt jede Aktivität, weiterhin über Einsparungen nachzudenken und zu erzielen. Dr. König ist über jeden Vorschlag dankbar.

Für Die Linke, spricht Frau Heinrich. Aus der Sicht ihrer Fraktion sei das Haushaltssicherungskonzept ein „zweckoptimistischer Papiertiger“. Im Zeitalter der Computertechnik können Prognosen schön- und schlechtgerechnet werden, so wie man es braucht. Der prognostizierte Haushaltsausgleich stehe, so Frau Heinrich, auf recht wackeligen Beinen. Unstrittig ist, dass die Haushaltslöcher gestopft werden müssen, strittig ist lediglich das wie und um welchen Preis. Frau Heinrich äußert, dass ihre Fraktion über Jahre versucht hat „Streichorgien“ zu verhindern. Inzwischen gibt es nicht mehr viel zu streichen, außer es wird etwas veräußert.

Der Oberbürgermeister weist zurück, dass hier „Streichorgien“ veranstaltet werden. Dr. König vermisst aber auch die Vorschläge der PDS-Fraktion, um den Haushalt auszugleichen. Polemik hilft nicht weiter.

Herr Multhauf vertritt die Meinung, dass Polemik nichts Böses ist und ausdrücklich gestattet sei. Auf die Bemerkung des Präsidenten, dass diese Vorlage ausführlich in den Ausschüssen behandelt wurde, entgegnet Herr Multhauf, dass sich lediglich der Finanz-ausschuss mit dem Haushaltssicherungskonzept beschäftigt hat.

Daraufhin erklärt der Präsident, dass jeder Ausschuss das Recht und die Möglichkeit gehabt hätte, sich diese Vorlage auf die Tagesordnung zu holen.

Da es aber in dieser Vorlage auch um soziale Fragen geht, meint Herr Multhauf, hätte sich zumindest der Sozialausschuss damit beschäftigen müssen. Deshalb sollte die Vorlage in den Ausschuss verwiesen werden.

Herr Multhauf möchte außerdem wissen, wie es mit dem Personal in der Stadtverwaltung weitergeht, wenn der bezirkliche Tarifvertrag am 31. März 2008 ausläuft. Dieser müsse doch verlängert werden.

Der Präsident erläutert auf die letzte Frage von Herrn Multhauf, dass derzeit keine weitere Stundenreduzierung der Mitarbeiter der Stadtverwaltung nach dem Auslaufen des Tarifvertrages geplant ist.

Die Äußerung des Oberbürgermeisters, dass seitens der PDS-Fraktion keine Vorschläge kommen, will Frau Heinrich nicht im Raum stehen lassen. In der Diskussion um die Anteilsveräußerung von WVG-Anteilen hat die PDS schon ihre Zweifel angemeldet. Vorgeschlagen wurde beispielsweise, die Eigenkapitalverzinsung der WVG zu erhöhen, anstatt die Anteile zu verkaufen.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden und keine Anträge zur Änderung der Beschlussvorlage gestellt werden, lässt der Präsident folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 für die Jahre 2007 bis 2011

Abstimmungsergebnis: bei 22 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.6 Entsperrung von Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt sowie die Aufhebung des Haushaltsvermerkes
B416-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Entsperrung von 130.000,00 EUR bei der Haushaltsstelle 1.79120.940000 Technologiepark. Der Haushaltsvermerk dieser Haushaltsstelle wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 4.7 Jahresabschluss des Abwasserwerkes Greifswald 2006
B417-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2006 des Abwasserwerkes Greifswald -Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit einer Bilanzsumme von 42.014.352,68 €,
davon einem Eigenkapital von 8.582.213,16 €,
und einem Jahresgewinn von 92.855,67 €
festgestellt.

Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages von 683.037,30 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 775.892,97 €. Aus diesem wird ein Teilbetrag in Höhe von **312.252,81 €** an den Haushalt der Hansestadt Greifswald abgeführt. Der verbleibende Teilbetrag von 463.640,16 € wird auf eine neue Rechnung vorgetragen.

Der Lagebericht 2006 wird genehmigt.

2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
3. Die Bürgerschaft stimmt der Beauftragung der PwC AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, NL Schwerin, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 des Abwasserwerkes zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 4.8 3. Änderungssatzung zur Abwasserbeitragssatzung
B418-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit unveränderten Beitragssätzen für Schmutzwasser in Höhe von 1,78 Euro/m² nutzungsbezogener Grundstücksfläche und für Niederschlagswasser in Höhe von 0,48 Euro/m² nutzungsbezogener Grundstücksfläche.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 4.9 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B419-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die

3. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 07.07.2003 (Beschluss-Nr.: B584-39/03)

geändert durch 1. Änderungssatzung vom 20.12.2004 (Beschluss-Nr.: B94-06/04) geändert durch 2. Änderungssatzung vom 08.05.2006 (Beschluss-Nr.: B262-18/06).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: 4.10 Feuerwehrgebührensatzung / privatrechtliche Entgelte
B420-27/07

Aufgrund einer Bemerkung von Frau Heinrich zur Kalkulation der Personalkosten erklärt Herr Mundt, dass die Erläuterungen von Herrn Paul dem Finanzausschussprotokoll als Anlage beigefügt sind.

Daraufhin nimmt Herr Paul noch einmal mündlich Stellung. Die Personal kosten wurden in Abstimmung mit der Personalabteilung nach dem KgSt-Gutachten mit Stand 2004 bewertet. Dort sind auch die Pensionsrücklagen enthalten.

Frau Walther hat zum § 4 Entstehen der Gebühr eine Nachfrage zur Fälligkeit von drei Wochen. Daraufhin erläutert Herr Paul, dass das Amt drei Wochen vorgeschlagen hat und die Satzung durch die Rechtsabteilung geprüft und nicht beanstandet wurde.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Feuerwehrgebührensatzung gem. Anlage 1 mit dem dazugehörigen Gebührentarif gem. Anlage 2.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die privatrechtlichen Entgelte gem. Anlage 3.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 4.11 Übertragung der Fußball-EM 2008 in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B421-27/07

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die SPD-Fraktion folgenden geänderten Beschlussvorschlag, den Dr. Bremer einbringt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Übertragung der Fußball-EM 2008 auf dem Marktplatz unter:

1. Kostenneutralen Auswirkungen für den kommunalen Haushalt und den Haushalten der städtischen Gesellschaften (PGS, WVG).
2. Die Forderungen der Freizeitlärm-Richtlinie des Landes M-V (hier insbesondere die Absätze 5.1 und 5.4) sind einzuhalten, es sei denn, dass es gelingt, Ausnahmeregelungen für die Übertragungen zu erhalten. Der Oberbürgermeister und die in der Bürgerschaft vertretenen politischen Parteien werden all ihre Möglichkeiten nutzen, um eine Ausnahmeregelung auf Erweiterung der gesetzlich limitierten Veranstaltungszahl zu erwirken. Vom Lärm betroffene Einwohner sind rechtzeitig zu informieren und bei ihnen um ihr Verständnis zu werben.
3. Vorsorglich ist eine Konzeption für den worst-case-Fall (nur maximal 10 Übertragungen möglich) mit detaillierter Kostenplanung zu erstellen und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Konzeption ist so anzulegen, dass die Finanzierung der Veranstaltung ausschließlich über Einnahmen, Spendengelder u. a. Zuwendungen erfolgen kann. Eine finanzielle Belastung der Stadt und der städtischen Gesellschaften (PGS, WVG) ist auch für den Fall auszuschließen, dass ein finanzielles Risiko eintritt und eine Deckungslücke entsteht. Bei den Stadtwerken ist um eine breite finanzielle Unterstützung aus deren Werbefond zu werben.
5. Hauptveranstalter sollte nicht die PGS sein, weil dies nicht eine originäre Aufgabe dieser Gesellschaft ist.

Für die CDU-Fraktion spricht Dr. Steffens. Seine Fraktion unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Dr. Steffens begründet diese Haltung. Aus den Erfahrungen der Übertragung der Fußball-Weltmeisterschaft abgeleitet soll hier ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, dass die Übertragung der Fußball-Europameisterschaft begrüßt wird und dass der Markt zur Verfügung gestellt wird, sowie das übliche Marktplateleben in diesen Wochen an anderer Stelle durchgeführt wird. Mehr soll die Stadt nicht machen. Die PGS soll die Möglichkeit bekommen, dass Event im nächsten Jahr noch einmal durchzuführen. Dr. Steffens ist dagegen, im Haushalt Mittel für den Fall einzustellen, dass diese Veranstaltung schief geht. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass diese Veranstaltung mit Unterstützung der PGS kostendeckend verlaufen wird.

Für die Verwaltung erklärt Herr Dembski, dass die Bürgerschaft am 02.07.2007 die Verwaltung beauftragt hat, ein „Public Viewing“ zur Fußball-EM 2008 auf dem Marktplatz zu prüfen. Die Verwaltung hat „kostenneutral“ nicht so verstanden, als dass die Verwaltung einen dritten finden soll, der alle Risiken tragen soll. Solch einen dritten gibt es nicht. Egal wie gut eine Veranstaltung geplant ist, bleibt ein gewisses Restrisiko. Ein Problem ist die Freizeitlärmrichtlinie, nach der nur 10 Großveranstaltungen stattfinden dürfen. Die Stadt wird sich natürlich dafür einsetzen, dass mehr Veranstaltungen stattfinden können. Da diese Lärmrichtlinie ein Landesgesetz ist, hat die Stadt nur begrenzt Einfluss. Die PGS wird bestrebt sein, diese Fußballübertragung an die rechtlichen Regelungen anzupassen. Da die PGS bereits Erfahrungen auf diesem Gebiet hat, macht es keinen Sinn einen neuen Veranstalter zu suchen und zu beauftragen. Aus der Sicht des Senators ist das finanzielle Restrisiko kalkulierbar.

Frau Socher bringt zum Ausdruck, dass die Veranstaltung auf dem Markt gewollt ist, schon weil es viele gut gefunden haben, was bei der Übertragung der Fußball-WM auf dem Markt gelaufen ist. Trotzdem sollte man das Problem nicht beiseite schieben, dass es Bürger gibt, die unmittelbar betroffen sind. Mit diesen Bürgern, egal wo die Veranstaltung stattfindet, muss entsprechend umgegangen werden, damit sie die Veranstaltung mittragen.

Zum anderen verweist Frau Socher auf den Veranstalter. Alle würden wissen, dass die PCS eine Ein-Mann-Gesellschaft ist, die nur durch die WVG lebt. Sie schlägt vor, die Agentur in den Beschluss aufzunehmen und nicht die PCS.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Frau Heinrich vor, dass der städtische Haushalt für die Kosten aufkommen sollte, wenn dann Kosten entstehen.

Dr. Bremer macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Kosten 2006 nicht die PCS, sondern die WVG getragen hat und zwar in fünfstelliger Höhe (nachzulesen im Wirtschaftsbericht der WVG). Das sollte noch einmal im Aufsichtsrat der WVG besprochen werden.

Auch Herr Hochschild bringt noch einmal zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion hinter der Verwaltungsvorlage steht. Bezüglich der Kalkulation teilt er mit, dass sie vorsichtiger gerechnet sei als bei der WM 2006.

Herr Adam wird sich im Bundestag und Herr Liskow im Landtag für eine Sonderregelung einsetzen.

Frau Heinrich geht es darum, festzulegen, wer das benannte Risiko tragen soll wenn es entstehen sollte. Beim letzten Mal hat die WVG die Kosten getragen.

Herr Hochschild schlägt Frau Heinrich vor, wenn sie denn der Meinung ist, dass ein Defizit entsteht, einen Beschlussvorschlag vorzubereiten, in dem dann steht, dass die Bürgerschaft beschließt, dass das Defizit durch den städtischen Haushalt zu tragen sei. Das wäre dann ein konstruktiver Beitrag. Alles andere hilft nicht weiter. Heute gäbe es doch nichts mehr, was nicht risikobehaftet sei.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen und Bemerkungen beantragt Herr Hübner den Abbruch der Debatte.

Dr. Bremer vermisst den gebührenden Ernst in der Diskussion zu diesem Thema. Aus der vorliegenden Konzeption geht hervor, dass es ein gewisses Restrisiko gibt. Es muss darüber gesprochen werden, wer dieses Risiko tragen soll und Dr. Bremer erinnert in diesem Zusammenhang an die Kosten der WM-Übertragung.

Herr Dembski macht deutlich, dass er nicht ganz verstehen kann, warum die Emotionen hoch kochen. Es gehe nicht mehr um die WM-Übertragung, sondern darum, was in Zukunft passieren soll. Die Frage nach dem finanziellen Restrisiko ergibt sich ganz einfach aus der Kalkulation. Wenn niemand kommt, keine Eintrittsgelder genommen werden und sich kein Sponsor findet, dann fallen die Einnahmen weg und dann entstehen Kosten von 115 T€; das ist das finanzielle Risiko. Das wird wahrscheinlich nicht eintreten.

Wenn man sagt, die Stadt bezahlt das Risiko, ist das das Beste, was dem Veranstalter passieren kann, weil er dann gar kein Risiko hat und keinen Anreiz, die Veranstaltung kostenneutral zu gestalten.

Das sollte die Bürgerschaft nach und nicht vor der stattgefundenen EM-Übertragung regeln.

Der Oberbürgermeister versichert, dass die Verwaltung hinter der Übertragung der Fußball-EM-Übertragung 2008 auf dem Marktplatz steht. Heute gab es im Volksstadion eine Übertragung eines Fußball-Länderspiels Deutschland gegen Griechenland. Dr. König hat direkt neben dem Fußballer Herrn Matthias Sammer gesessen. Der Oberbürgermeister hat einen Beutel mit Badetuch, T-Shirt und einem von Herrn Sammer signierten Fußball erhalten. Diese Sachen hat er dem Präsidenten übergeben.

Herr Liskow schlägt daraufhin vor, diese Sachen über die Ostsee-Zeitung zu versteigern und den Erlös der Übertragung der Fußball-EM zu kommen zu lassen.

Der Präsident lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hübner zum Abbruch der Debatte abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Frau Socher beantragt für die PDS eine Auszeit.

Auszeit von 20:04 Uhr bis 20:18 Uhr

Für die SPD-Fraktion zieht Dr. Bremer den Punkt 5. des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zurück.

Der Präsident teilt für das Präsidium mit, dass die beiden Beschlussvorlagen alternativ zur Abstimmung gestellt werden. Als erstes die Verwaltungsvorlage:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt in der Zeit vom 7. bis 29. Juni 2008 die Übertragung der Fußballeuropameisterschaft 2008 auf dem Marktplatz mit kostenneutralen Auswirkungen für den kommunalen Haushalt. Als Veranstalter wird die Projektgesellschaft „Stadthalle Greifswald“ aufgrund der im Jahr 2006 gesammelten positiven Erfahrungen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Damit entfällt die Abstimmung der SPD-Vorlage.

Zu TOP: 4.12 Sollübertragung einer Ausgabe für Planungsleistungen zur grundschulgerechten Sanierung des Gebäudes des jetzigen Gymnasiums „Johann Gottfried Herder“ B422-27/07

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt die Sollübertragung von der Haushaltsstelle 1.21100.983200 zur Haushaltsstelle 1.21100.940050 in Höhe von 100.000 € für notwendige Planungsleistungen zur grundschulgerechten Sanierung des Schulgebäudes des jetzigen Gymnasiums „Johann Gottfried Herder“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 4.13 Mehrzweckgebäude Fischer-Schule und Humboldt-Gymnasium Aufbau und Installation von Photovoltaik-Anlagen

Die Frage von Herrn Multhauf, wie sicher die Zeitleiste ist, dass am 1. Dezember Baubeginn ist, kann nicht beantwortet werden. Herr Arenskrieger bittet darum, Fragen vorher einzureichen, damit man die Beantwortung vorbereiten kann.

Die Bürgerschaft nimmt die Information der Verwaltung bezüglich der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen zur Kenntnis.

Zu TOP: 4.14 Aufhebung des Beschlusses über den Beginn vorbereitender Untersuchungen zur Erweiterung des Sanierungsgebietes Innenstadt/ Fleischervorstadt
B423-27/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 15.12.2003 über den Beginn vorbereitender Untersuchungen zur Erweiterung des Sanierungsgebietes Innenstadt/Fleischervorstadt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 4.15 1. Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plan Nr. 12 - Am Rosental Ergänzungs- und Änderungsbeschluss
B424-27/07

Da gerade über die Erweiterung des Sanierungsgebietes beschlossen wurde, möchte Herr Spring wissen, ob mit diesem Beschluss Teile des Gewerbegebietes betroffen sind.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Ergänzungs- und Änderungsbeschluss für die 1. Ergänzung und die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 - Am Rosental - wie folgt:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 49 - Salinenstraße -(Beschluss-Nr. 273-12/95) vom 31.08.1995 wird hiermit aufgehoben. Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 49 -Salinenstraße - (Beschluss-Nr. B203-12/00) vom 25.09.2000 wird hiermit aufgehoben.
2. Der Bebauungsplan Nr. 12 - Am Rosental - soll gem. § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 BauGB in den gekennzeichneten Bereichen der Anlage 1 ergänzt werden.
Ziel des Bebauungsplans ist es, das Gewerbegebiet zu erweitern, um der Entwicklung der ansässigen Unternehmen in westliche und östliche Richtung Raum zu geben. Die Entwicklung des Gewerbegebietes ist unter Beachtung der angrenzenden schutzwürdigen Nutzungen, insbesondere die Wohnnutzung im „Holzteichquartier“ hinsichtlich Lärmemissionen und auch im Hinblick auf den zentralen Versorgungsbereich Innenstadt hinsichtlich Einzelhandels zu begrenzen. Der Eingriff in das Landschaftsbild und die Stadtsilhouette ist zu minimieren und an der westlichen und Teilen der südlichen Plangrenze durch einen Grünstreifen auszugleichen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 12 -Am Rosental - soll gem. § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 BauGB in den gekennzeichneten Bereichen der Anlage 1 geändert werden. Die 1. Änderung des Bebauungsplans soll ein Anbauen an die vorhandenen Gewerbebauten ermöglichen.
4. Der Beschluss zur 1. Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 - Am Rosental - ist gem. § 2 Absatz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 25 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und
4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.16 Marina am Standort Ostseeviertel Ryckseite/ Wiecker Schlag
B425-27/07

Herr Multhaus beantragt die Verweisung der Vorlage zur Beratung in der Ortsteilvertretung, weil sie den Ortsteil betrifft.

Daraufhin erklärt der Präsident, dass es mit diesem Beschluss um eine Grundsatzentscheidung geht. Danach wird die Ortsteilvertretung in die Beratungen einbezogen.

Der Präsident stellt folgenden Beschlussvorschlag in unveränderter Form zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, am Standort Ostseeviertel Ryckseite/Wiecker Schlag über einen Investor weitere Untersuchungen zum Bau einer Marina durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.17 Vertrag TU Dresden über Verkehrserhebung

- zurückgezogen

Zu TOP: 4.18 Bahnübergang Gützkower Straße

- zurückgezogen

Zu TOP: 4.19 Behindertengerechte Ausgestaltung des Schuhhagens
B426-27/07

Hierzu bringt Herr Hoebel einen neuen Beschlussvorschlag der Gruppe der FDP ein, der als Tischvorlage vor der Bürgerschaftssitzung ausgereicht wurde. Herr Hoebel nimmt die Begründung vor.

Herr Uhlig ist etwas verwundert über diese Beschlussvorlage, weil es bereits eine sehr ausführliche Beratung, besonders zur behindertengerechten Gestaltung des Schuhhagens gegeben hat. An dieser Veranstaltung in diesem Bürgerschaftssaal haben alle Betroffenen teilgenommen. Herr Uhlig hat sich mit der Behindertenbeauftragten und mit der Vorsitzenden des Behindertenforums (als Betroffene) unterhalten. Die Vorschläge aus der Beschlussvorlage sind nicht neu. Die Verwaltung hat zugesagt, alle Betroffenen rechtzeitig in das Vorhaben einzubeziehen.

Die Behindertenbeauftragte, Frau Kindt, bestätigt die Aussagen von Herrn Uhlig. Die Arbeitsgemeinschaft "Barrierefreie Stadt" ist in alle Beratungen einbezogen worden.

Frau Socher empfindet die Vorlage unschädlich. Sie schildert, wie schwer es die Betroffenen haben und jeder solle sich mal die Mühe machen, in diese Personen hineinzusetzen. Bislang waren die Gehwege an den Seiten, jetzt sollen alle in der Mitte gehen. Frau Socher ist der Meinung, dass weder die eine noch die andere Lösung optimal seien.

Daraufhin reagiert Herr Uhlig als behinderter Bürger, dass er persönlich in der Langen Straße war und sich die Situation vor Ort soweit es ihm möglich ist, angesehen hat. Wenn die Gehwegplatten seitlich ausgeführt sind, sind sie hinderlich, weil etliche Läden die Auslage soweit auf dem Gehweg platzieren, dass man die Gehwegplatten nicht mehr benutzen kann und in die Regenrinne stolpert. Das kann für einige Menschen gefährlich sein.

Lassen sie doch einfach die Menschen darüber urteilen und entscheiden, die es betrifft.

Die Gruppe der FDP zieht ihren Antrag nicht zurück, weil er unschädlich ist. Daraufhin

stellt der Präsident folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei der Planung und Realisierung der Ausgestaltung und Umgestaltung des Schuhagens die Belange behinderter Personen besonders zu berücksichtigen. Sie wird explizit aufgefordert, die Planung und Realisierung so zu gestalten, dass den Mobilitätsinteressen behinderter Personen insbesondere der Rollstuhlfahrer gerecht werden wird. Diesbezüglich soll in der Mitte des Schuhagens ein glatter, nicht unterbrochener, mindestens 2 Meter breiter Streifen zur Ausführung vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und
4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.20 Änderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft

Für die Kooperation (CDU, SPD, FDP und BG) bringt Dr. Bremer folgende Tischvorlage ein, die vor der Sitzung ausgereicht wurde.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachfolgende Änderung der Gebührensatzung der Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft vom 20. Juni 2005:

Die Anlage - Gebührenverzeichnis - wird wie folgt geändert: 1. die Abführungen der Vereine an die Stadt bei Veranstaltungen nach Punkt Z ist komplett zu streichen.

Die Regelung ist rückwirkend für das Jahr 2007 anzuwenden.

Dr. Bremer nimmt die Begründung vor.

Daraufhin erklärt Senator Dembski, dass er grundsätzlich nichts gegen diese Regelung einzuwenden hat. Allerdings hätte er gern gesehen, dass sich die Verwaltung vor der Beschlussfassung mit dieser Änderung auseinandersetzen kann. Weil es um eine Satzungsänderung geht, schlägt er vor, den Sachverhalt prüfen zu lassen und bittet darum, die Vorlage in die Ausschüsse zu verweisen.

Auch Frau Dr. Fassbinder ist dieser Meinung und stellt den entsprechenden Antrag, die Vorlage in den Finanz- und Bildungsausschuss zu verweisen.

Herr Liskow stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und einigen
Stimmenthaltungen in den Finanz- und den Bildungsausschuss verwiesen.

Zu TOP: 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

- Liste der Hauptausschussbeschlüsse (Anlage zum Protokoll)
- Termine/wichtige Ereignisse (Anlage zum Protokoll)
- Änderung der Verwaltungsstruktur (Anlage zum Protokoll)
- Rechtsaufsichtliche Entscheidung zur Haushaltssatzung (Anlage zum Protokoll)
- Jahresabschluss des Abwasserwerkes (Anlage zum Protokoll)

Informationen aus dem Dezernat III:

- Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages mit Newport News am 04.10.2007
Dazu reist der Oberbürgermeister mit einer Delegation aus Greifswald in die Vereinigten Staaten von Amerika.
- 4. Erntedankmarkt auf dem Greifswalder Markt am 3. Oktober 2007
- Erstsemesterbegrüßung am 15.10.2007 am Dom (15:30 Uhr bis 18:00 Uhr)

Zu TOP: 6 Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Multhauf:

Herr Multhauf vermisst Schlussfolgerungen der Stadtverwaltung zum Urteil des Landesverfassungsgerichtes.

Er wäre dankbar, wenn er möglichst kurzfristig eine schriftliche Antwort zur Umsetzung des Beschlusses zum Anbau an der Erwin-Fischer-Schule bekäme. Weiterhin vermisst Herr Multhauf den Bericht bzw. eine Bilanz des Sanierungsträgers BauBeCon für 2006 und die Planung für dieses Jahr. Es sei ungesetzlich, dass diese Dinge nicht vorgelegt wurden.

Herr Multhauf zitiert aus der Kommunalverfassung § 42 Ortsteilvertretungen (2), wonach die Ortsteilvertretung über alle für den Ortsteil wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten ist. Dieser Absatz müsse umgesetzt werden.

Daraufhin erklärt der Präsident, dass sich das erweiterte Präsidium mit dieser Thematik beschäftigt hat. Die Ortsteilvertretungen haben das Recht, sich in den Fachausschüssen zu informieren und Stellungnahmen der Verwaltung einzuholen. Die Stadtverwaltung kann es personell nicht absichern, dass Verwaltungsmitarbeiter in den Fachausschüssen zugegen sind und in der darauffolgenden Woche noch einmal in die Ortsteilvertretungen gehen.

Der Präsident informiert darüber, dass die Gruppe der FDP heute (24.09.2007) eine schriftliche Anfrage zu den Bahnübergängen eingereicht hat. Die Antwort darauf soll schriftlich erfolgen.

Herr Duschek:

Am 03.10.2007 findet traditionell, seit Jahren, das Kinderfest auf dem Gelände des Hauses der Begegnung statt. Herr Duschek lädt die Mitglieder der Bürgerschaft dazu ein.

Herr Multhauf:

Herr Multhauf fragt nach, wer zur Delegation nach Newport News gehört.

Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister informiert:

Herr Liskow, Präsident, Frau Socher, Vizepräsidentin, Vertreter aus der Wirtschaft und der Universität sowie der Vorsitzende des deutsch-amerikanischen Fördervereins.

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 8 Bestätigung der Niederschrift vom 02.07.2007

Herr Templin bittet um Korrektur der Aussage von Herrn Liedtke in der Mitte der Seite 19, dass Herr Liedtke nicht „feststellt“, sondern „**behauptet**“, dass etliche Argumente der Fraktion Grüne/oK in der Sachdarstellung falsch seien.

Mit dieser Korrektur lässt der Präsident über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen
bestätigt

Zu TOP: 9 Schluss der Sitzung

20:53 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Liste der Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse
- Änderung der Verwaltungsstruktur
- Rechtsaufsichtliche Entscheidung zur Haushaltssatzung
- Jahresabschluss des Abwasserwerkes
- Liste der Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen